



# fraktion intern\*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

NR. 07 · 19.11.2012

## \*Inhalt

---

- |    |  |    |   |
|----|--|----|---|
| 02 | Wie können wir Rechtsextremismus besser bekämpfen? | 11 | Alleinerziehende unterstützen                                       |
| 03 | Editorial  | 12 | Für ein modernes Patientenrechtegesetz                              |
| 04 | Industrie fördern, Wohlstand sichern               | 12 | Schwarz-Gelb gefährdet Versorgungsauftrag der Krankenkassen         |
| 05 | Sozialen Arbeitsmarkt schaffen                     | 13 | Wie die SPD-Fraktion die Nebeneinkünfte reformieren will            |
| 05 | Minijobs: Missbrauch bekämpfen                     | 14 | Keine Modernisierung der US-Nuklearwaffen in Europa und Deutschland |
| 06 | Rente – bei Schwarz-Gelb in schlechten Händen      | 14 | Gesamtstrategie für Pakistan notwendig                              |
| 07 | Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung         | 15 | Veranstaltung „Inklusion im Sport“                                  |
| 08 | Mit der Frauenquote in Aufsichtsräten beginnen     | 15 | „Planspiel Zukunftsdialog“ reloaded                                 |
|    |  | 16 | Veröffentlichungen  |

### Thema: Bundeshaushalt 2013

- 09 Haushaltskonsolidierung wird zur Merkelschen Nullnummer

#### Mehr Informationen gibt es hier:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)  
[www.spdfraktion.de/Googleplus](http://www.spdfraktion.de/Googleplus)  
[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)  
[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)  
[www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr)

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

# Wie können wir Rechtsextremismus besser bekämpfen?

## Fachgespräch: Ein Jahr nach Entdeckung des NSU

Am 4. November jährte sich der Tag, an dem die Verbrechen der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt wurden, zum ersten Mal. Ein Jahr nach Entdeckung der Terrorzelle hat die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit Expertinnen und Experten und der interessierten Öffentlichkeit eine Bestandsaufnahme vorgenommen: Welche Konsequenzen sind nach den Nazi-Morden bisher gezogen worden? Wie muss die Zusammenarbeit von Polizei und Nachrichtendiensten verbessert werden? Was ist zu tun, um Rechtsextremismus effektiv zu bekämpfen? Mehr als 100 Gäste kamen zu der Gesprächsrunde im Paul-Löbe-Haus.



*V.l.n.r.: Sebastian Edathy – Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses, Christine Lambrecht SPD-Fraktionsvizein, Thomas Oppermann 1. Parlamentarischer Geschäftsführer und Eva Högl Obfrau der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss.*

Christine Lambrecht, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, skizzierte die Umstände der Entdeckung des NSU durch die Polizei, die nämlich „zunächst nach einem Banküberfall aussahen und sich dann als grauenhafte Mordserie entpuppten“. Lambrecht diagnostizierte „kolossales Versagen der Sicherheitsbehörden“.

Als „eines der schlimmsten Verbrechen in der Geschichte der Republik“ bezeichnete SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann die Mordserie. Es sei ein „deprimierender Befund, dass Behörden das nicht verhinderten“. Nun gehe es darum, eine erste Bilanz zu ziehen: Wo stehen wir nach einem Jahr Ermittlungen und Aufarbeitung? Denn immerhin gebe es inzwischen mehrere Untersuchungsausschüsse in den Parlamenten, so auch im Bund. Bald werde der Generalbundesanwalt Anklage gegen die inhaftierte Beate Zschäpe erheben – „und darauf haben wir gewartet“.

Oppermann betonte, dass die professionelle Arbeit der Geheimdienste bei islamistischem Terror bei der Abwehr rechtsterroristischer Akte Vorbild sein müsse. „Ich sehe nicht, dass Bundesinnenminister Friedrich den Umbau der Sicherheitsbehörden wirklich vorantreibt“, kritisierte Oppermann. Es gebe zudem bis heute keinen Überblick, welche Gewalttaten NPD-Funktionäre genau begangen haben und begehen. Überhaupt könne die NPD immer noch schalten und walten. Für Oppermann steht fest: „Der Rechtsextremismus ist systematisch unterschätzt worden“.

## Untersuchungsausschuss hat vieles zutage gefördert

Eva Högl, Obfrau der SPD im Untersuchungsausschuss NSU, bezeichnete den Nationalsozialistischen Untergrund als „Anschlag auf die Demokratie“. Sie berichtete von der Arbeit des Ausschusses und erläuterte das koordinierte und erfolgreiche Vorgehen gemeinsam mit den Untersuchungsausschüssen auf Länderebene. „Es war für alle Beteiligten im U-Ausschuss immer klar, dass wir hier kein Kampfinstrument schaffen wollten“, sagte Högl, und das sei auch gelungen. Der Ausschuss habe vieles offen gelegt und herausgefunden, auch wenn das zunächst nur wenige geglaubt hätten. Ein Befund sei beispielsweise, dass der NSU sich das föderale System der Bundesrepublik zunutze gemacht habe. Das bedeute, es müsse künftig mehr Bundeskompetenz bei Ermittlungen hinzugezogen werden. Der Ausschuss, so Högl, soll seine Arbeit bis zum Ende der Legislatur abgeschlossen haben, um dann dem neuen Bundestag Empfehlungen mit auf den Weg zu geben.

In der anschließenden Diskussionsrunde erläuterte Michael Hartmann, innenpolitischer Sprecher der Fraktion, wie der Verfassungsschutz reformiert werden müsste. Daneben gelte es aber auch, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken, etwa damit sie Jugendhäuser und ähnliches betreiben könnten – Stichwort Prävention. Hartmann sagte, dass auch auf politischer Ebene viel versäumt worden sei: „Wir haben nicht immer hartnäckig genug nachgefragt im Kontrollgremium.“ In seinem Schlussstatement sagte Sebastian Edathy, Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses: „Hier sind Impulse gegeben worden, die wir mit in den Ausschuss nehmen werden.“ Der Abschlussbericht werde Mitte des kommenden Jahres vorliegen.

Das Eckpunktepapier der SPD-Fraktion zur Reform des Verfassungsschutzes findet sich hier: <http://www.spdfraktion.de/themen/innenpolitik> oder direkt über folgenden QR-Code:



# Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass diese Koalition unfähig ist, die innenpolitischen Probleme Deutschlands anzupacken, dann hat ihn der letzte Koalitionsausschuss erbracht. Statt die Probleme unseres Landes anzugehen, wird nur noch darauf geachtet Wahlgeschenke zu verteilen, die den Koalitionsfrieden dürftig erhalten, Unsummen kosten und keine Zukunft haben. Frau Merkel verfrühstückt jetzt die Vorräte, ohne neue anzulegen.

Nach drei Jahren Streit und absurdem Theater, hat Frau Merkels Regierung nun beschlossen, das Betreuungsgeld ab August 2013 einzuführen. Noch nie habe ich erlebt, dass eine Regierung eine derart unsinnige Leistung gegen breiten Widerstand aus allen gesellschaftlichen Gruppen durchpeitscht. Das ist die pure Ignoranz gegenüber den Wünschen und Bedürfnissen von Eltern und ihren Kindern und dient lediglich dem Erhalt des innerkoalitionären Scheinfriedens. Die geschätzten Kosten von 2 Milliarden Euro müssten doch jetzt in die Schaffung von Kitaplätzen und die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern investiert werden. Denn der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gilt ab August 2013, und wie bis dahin sonst die fehlenden 220.000 Kitaplätze entstehen sollen, ist mir schleierhaft. Diese Politik versteht wirklich kein Mensch mehr. Statt die Kommunen im Ausbau zu unterstützen, wird ein unzeitgemäßes Familien- und Frauenbild subventioniert. Das können wir keinesfalls mittragen und werden das Betreuungsgeld nach der Bundestagswahl 2013 wieder abschaffen.

Auch die von uns geforderte Abschaffung der Praxisgebühr, die vom Bundestag am 9. November beschlossen wurde, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass jegliches Regierungshandeln einem Basar gleicht. So kann man nicht regieren. Wir brauchen wieder mutige Reformen zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung in unserem Land – gegen steigende Strompreise, für den Mindestlohn, gegen Fachkräftemangel, für gute Bildung, gegen Altersarmut und für die Sicherung von Arbeitsplätzen. Es ist Zeit für den Wechsel in Deutschland.



**Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB**  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

# Industrie fördern, Wohlstand sichern



V.l.n.r.:  
Louis Gallois – Generalkommissar für staatliche Investitionen beim französischen Premierminister, Pierre Moscovici – französischer Wirtschafts- und Finanzminister, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück.

## SPD-Fraktion und Gewerkschaften fordern eine europäische Industriestrategie.

Deutschland kommt wesentlich besser durch die Krise als seine europäischen Nachbarn. Wie „Alice im Wunderland“ beschrieb Peer Steinbrück die derzeitige Lage. Einer der Gründe liegt nicht nur für ihn in der starken Industrie des Landes. 25 Prozent beträgt hierzulande der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt.

Schon in der Finanzmarktkrise haben Länder mit starken Industrien den Wirtschaftseinbruch besser verkraftet als solche, die einseitig auf Finanzdienstleistungen gesetzt haben. „Wir sind den Ratschlägen, eine reine Dienstleistungsgesellschaft zu werden, nicht gefolgt“, sagte Frank-Walter Steinmeier. Dies zahle sich nun aus. Gleichzeitig steht fest: Langfristig kann es Deutschland als Exportland nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht. Schon im Frühjahr 2012 hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende seinen Plan „Gemeinsam stärker“ für eine industrielle Erneuerung Europas vorgelegt. Die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer soll mit einer Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft verbunden werden, mit höheren Investitionen in technologische Innovationen, Verbundstärken und Infrastrukturen der europäischen Industrie.

## Europäisches Industrieforum der SPD-Fraktion

Mit dem ersten Europäischen Industrieforum will die SPD-Bundestagsfraktion die Umsetzung einer neuen Industriestrategie für Europa weiter voranbringen. Dazu lud Frank-Walter Steinmeier hochrangige Vertreter von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik aus Deutschland und Europa nach Berlin ein. 150 Teilnehmer, darunter WTO-Generaldirektor Pascal Lamy, der französische Finanz- und Wirtschaftsminister Pierre Moscovici, Dieter Zetsche von Daimler, Michael Süß von Siemens, Thomas Enders von EADS, der IG-Metallvorsitzende Bertold Huber oder IG BCE-Chef Michael Vassiliadis zeigten: Das Interesse an einer zukunftsfähigen Industriepolitik ist auf Seiten von Gewerkschaften und Arbeitgebern gleichermaßen groß.

## Wir brauchen eine stärkere Koordinierung in Europa

Gemeinsam mit Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier diskutierten die Teilnehmer am 20. Oktober darüber, wie Europa mit neuer Stärke aus der Krise kommt und sein Modell nachhaltigen Wohlstands global behaupten kann. „Mitten in der tiefen europäischen Krise geht es um eine Vergewisserung über den richtigen Weg für Europa“, sagte der SPD-Fraktionschef. Zusammen mit den Vorsitzenden von IG Metall und IG BCE, Berthold Huber und Michael Vassiliadis, hat Steinmeier zudem ein Memorandum für eine „Allianz zur industriellen Erneuerung Europas“ vorgelegt. Darin üben sie Kritik an einer einseitigen und kurzfristigen Ausgabenkürzung. Sie habe die Eurozone in zwei Jahren in Rezession, Arbeitslosigkeit und noch höhere Verschuldung geführt. Stattdessen streben sie eine Allianz für die industrielle Erneuerung Europas an und fordern Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften in Europa auf, sich dieser Allianz anzuschließen. Damit könnten unter anderem die Stärken der Länder besser verbunden und die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. „Wir brauchen eine stärkere Koordinierung in Europa“, sagte Peer Steinbrück dazu. „Europas Wohlstand ist davon abhängig.“

Das Memorandum von Frank-Walter Steinmeier, Bertold Huber und Michael Vassiliadis für eine „Allianz zur industriellen Erneuerung Europas“ gibt es unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) oder direkt über folgenden QR-Code:



## Sozialen Arbeitsmarkt schaffen

Erwerbsarbeit ist mehr als Existenzsicherung. Sie befähigt die Menschen an der Gesellschaft teilzuhaben und gibt Selbstachtung. Rund 1 Million Langzeitarbeitsloser in Deutschland ist das verwehrt. Diese Menschen und ihre Familien will die SPD-Bundestagsfraktion nicht länger am Rand stehen lassen.

Bislang litt öffentlich geförderte Beschäftigung unter „Projektitis“. Ein Modellprojekt folgte dem anderen, keines war nachhaltig finanziert. Die SPD-Fraktion will eine dauerhafte und verlässliche Lösung für einen sozialen Arbeitsmarkt. Es ist besser, öffentlich geförderte Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Dafür können neben Mitteln für aktive Arbeitsmarktpolitik auch passive Leistungen (Arbeitslosengeld II und Kosten der Unterkunft) zur Deckung der Kosten herangezogen werden (Passiv-Aktiv-Transfer).

Viele Langzeitarbeitslose sind inzwischen schon so lange arbeitslos, dass sie von den Anforderungen eines „normalen“ Arbeitsplatzes überfordert sind. Deshalb brauchen wir eine unterstützende (sozialpädagogische) Begleitung, damit es die Betroffenen schaffen, in Arbeit zu bleiben. Das funktioniert aber nur, wenn auch passende Arbeitsplätze angeboten werden. Deshalb wollen wir, dass alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Menschen mit schweren Vermittlungshemmnissen (Langzeitarbeitslosigkeit, gesundheitliche Einschränkungen etc.) einstellen, einen Nachteilsausgleich erhalten. Dessen Höhe ist von der Leistungsfähigkeit der Geförderten abhängig. Die Dauer der Förderung ist mittelfristig angelegt, in begründeten Ausnahmefällen auch länger, die Teilnahme ist freiwillig. Der Umfang der Förderung von Arbeitsplätzen wird im lokalen Konsens festgelegt. Die Sozialpartner erhalten ein ordnungspolitisches Vetorecht. Die SPD-Fraktion will damit Teilhabe für alle durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt erreichen.

## Minijobs: Missbrauch bekämpfen

In den vergangenen Jahren ist die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse stetig auf mittlerweile 7,3 Millionen gestiegen. In einigen Branchen, wie etwa dem Gaststättengewerbe oder dem Einzelhandel wurden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in mehrere Minijobs zerlegt. Auf den ersten Blick ist das verwunderlich. Denn Minijobs müssten für die Arbeitgeber durch allein von ihnen zu tragende Sozialabgaben wesentlich teurer als reguläre Beschäftigungsverhältnisse sein.

Bei genauerem Hinsehen wird klar, dass die höheren Kosten auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt werden. Niedriglöhne und die Nichteinhaltung von Rechtsvorschriften sind in der Praxis – trotz Diskriminierungsverbot – weit verbreitet. Drei Viertel der Minijobberinnen und Minijobber verdienen weniger als 8,50 Euro. Auch werden ihnen zustehende Rechte wie Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlte Urlaubstage oder Mutterschutz verwehrt.

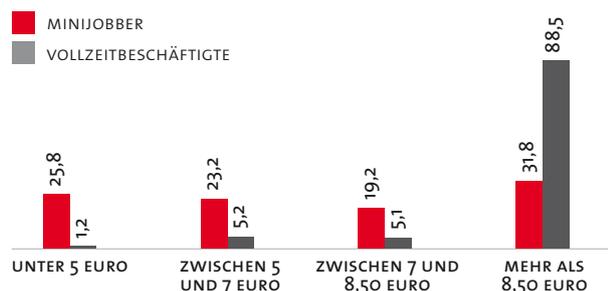
Statt den Missbrauch zu bekämpfen und endlich für eine faktische Gleichbehandlung zwischen sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung zu sorgen, öffnet Schwarz-Gelb das Einfallstor für Erwerbs- und Altersarmut noch ein Stück weiter. Durch die Anhebung der Verdienstgrenze von 400 auf 450 Euro werden noch mehr Menschen in sozial nur unzureichend abgesicherte Minijobs rutschen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich das Ziel gesetzt, den Missbrauch der Minijobs zu bekämpfen. Geringfügig Beschäftigte haben die selben Rechte wie regulär Beschäftigte. Diese Rechte müssen endlich in der Praxis umgesetzt werden. Wir wollen gute Beschäftigungsverhältnisse, unbefristet und sozial abgesichert, stärken. Die Subventionierung von nicht existenzsichernder Beschäftigung muss beendet werden und wir brauchen eine eigenständige soziale Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse in allen Zweigen der Sozialversicherung.

### Lohndumping mit Minijobs

Stundenlöhne von Minijobbern und von sozialversicherten Vollzeitbeschäftigten im Vergleich, Anteil der BezieherInnen

In Prozent



Quelle: SOEP 2010, IAQ-Report 1/2012, Berechnungen des DGB einblick

# Rente – bei Schwarz-Gelb in schlechten Händen

## Große Mehrheit gegen Beitragssenkung

Antworten von Bundesbürgern nach Altersgruppen auf die Frage, wie die Überschüsse in der Rentenversicherung verwendet werden sollen\*

### In Prozent

DIE ÜBERSCHÜSSE SOLLTEN ...

- ... GENUTZT WERDEN, UM DIE BEITRÄGE ZUR RENTENVERSICHERUNG GERINGFÜGIG ZU SENKEN
- ... AUFGESPART WERDEN

### INSGESAMT



### 18- BIS 29-JÄHRIGE



### 30- BIS 44-JÄHRIGE



### 45- BIS 59-JÄHRIGE



### 60-JÄHRIGE UND ÄLTER



\* an 100 Prozent fehlende Angaben: „Sonstiges“ bzw. „weiß nicht“

Quelle: Repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag des DGB, 21./22. August 2012

## Was sich die schwarz-gelbe Koalition in der Rentenpolitik leistet ist verantwortungslos, zynisch und unausgegoren.

Anstatt die Gunst der sprudelnden Einnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung dafür zu nutzen, Rücklagen aufzubauen, um die Auswirkungen eines konjunkturellen Abschwunges und des fortschreitenden demographischen Wandels abfedern zu können, denkt Schwarz-Gelb nur bis zum Wahltermin 2013. Sinkende Rentenbeiträge bedeuten zwar eine kurzfristige Entlastung der Arbeitgeber und etwas mehr im Geldbeutel der Beschäftigten. Doch es zeichnet sich ab, dass es auch in Deutschland vor dem Hintergrund der internationalen und europäischen Krise zu konjunkturellen Einbußen und Arbeitsplatzverlusten kommen kann. Außerdem steigt in den kommenden Jahren die Zahl der Rentnerinnen und Rentner gegenüber den Erwerbstätigen an. Das bedeutet, dass sich aus der kurzfristigen Senkung des Beitragssatzes spätestens gegen Ende des Jahrzehnts ein sprunghafter Anstieg des Beitragssatzes ergeben wird.

### SPD-Fraktion schlägt Demographie-Fonds vor

Die Beitragssatzsenkung zum Jahreswechsel erfolgt nach geltendem Recht, da die so genannte Höchstnachhaltigkeitsrücklage dann das 1,5fache der durchschnittlichen monatlichen Ausgaben der Rentenversicherung überschreitet. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte deshalb einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der vorsieht, die Höchstnachhaltigkeitsrücklage nicht zu begrenzen. Durch die erhöhten Rücklagen soll in den kommenden Jahren ein Demographie-Fonds aufgebaut werden. Er soll dazu beitragen, dass der Beitragssatz bis 2025 stabil bei 19,6 gehalten werden kann. Das wäre verantwortungsvolles Handeln gewesen, zu dem Schwarz-Gelb mit Blick auf die Bundestagswahl jedoch nicht bereit ist.

### Hürden für Minirente kaum zu überwinden

Angeblich will Schwarz-Gelb dem drohenden Anstieg der Altersarmut mit einer „Lebensleistungsrente“ entgegentreten. Was sie sich da zur medialen Inszenierung als pseudosoziale Geste ausgedacht haben, ist blanker Zynismus gegenüber den Menschen, die von Altersarmut bedroht sind. Von einer „Lebensleistungsrente“ kann bei dieser Minirente nicht gesprochen werden.

Das bestätigten auch die Reaktionen von Sozialverbänden und Gewerkschaften. Obendrein ist das Vorhaben, wie Frank-Walter Steinmeier feststellte, „schwammig“ und „schlampig“ formuliert, was zu erneuten Streitigkeiten in der Koalition geführt hat. Offensichtlich will Schwarz-Gelb Menschen, die 40 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt haben und privat Vorsorge fürs Alter geleistet haben, eine Minirente zukommen lassen, die „knapp oberhalb der Grundsicherung“ liegen soll. Der Grundsicherungsbedarf setzt sich aus dem Regelsatz und den Kosten der Unterkunft zusammen; in Deutschland beträgt er im Durchschnitt 688 Euro. Etwa 10 bis 15 Euro soll es dann obendrauf geben, so dass nicht viel mehr als 700 Euro dabei herauskommen. Dabei wissen die Koalitionäre selbst nicht, ob der durchschnittliche Grundsicherungsbedarf gemeint ist, oder der tatsächliche, der natürlich in München oder Frankfurt/M. höher ist als in Wilhelmshaven oder Frankfurt/O. Dabei werden nur wenige zehntausend Menschen in den „Genuss“ der Minirente kommen. Menschen, deren Einkommen so gering ist, dass sie sich davon keine private Altersvorsorge leisten können und Menschen, die zwischenzeitlich arbeitslos waren, bleiben außen vor. Die Hürden, die Schwarz-Gelb formuliert hat, sind nahezu nicht zu überwinden.

Wer Altersarmut verhindern will, muss Erwerbsarmut wirksam bekämpfen. Doch zum Mindestlohn, der Regulierung des Niedriglohnssektors und der Leiharbeit findet sich nichts in der Vereinbarung der Koalition.

# Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung

Für das Entwarnungsgeheul der Kammern und Unternehmensverbände gibt es keinen Grund: Die Probleme beim Ausbildungsangebot haben sich zwar entspannt, aber sie sind keinesfalls gelöst. Auch die aktuellen Zahlen belegen, dass trotz demographischer Entwicklung und einer anhaltend hohen Ausbildungsnachfrage weiterhin mindestens 50.000 Ausbildungsplätze fehlen. So blieben zum 30. September dieses Jahres rund 15.700 Bewerber erfolglos (2011/12: 11.550), auch stieg die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze auf 33.300 (2011/12: rund 30.000).

## Ausbildungslücke besteht weiter

Aber der rechnerische „Überhang“ freier Stellen verkehrt sich ins Gegenteil, wenn man genauer hinsieht: Im letzten Jahr mussten über 65.000 Bewerberinnen und Bewerber ein Ersatzangebot wahrnehmen, weil sie trotz von der Bundesagentur für Arbeit (BA) festgestellter individueller Ausbildungsreife keinen Ausbildungsplatz fanden. Weiterhin drehen rund 300.000 junge Menschen in dem Maßnahmenchunzel des Übergangssystems ihre Warteschleifen, zumeist ohne einer Ausbildung wirklich näher zu kommen. Und jedes Jahr wieder weist der Berufsbildungsbericht eine hohe Zahl von Bewerberinnen aus, über deren Verbleib die BA nichts weiß und die oft als „Altbewerber“ auf dem Ausbildungsmarkt wieder auftauchen. Trotz rückläufiger Tendenz (2012 rund 227.000 und -3,3 Prozent zum Vorjahr) verschärfen sie gemeinsam mit den auch aufgrund der Doppelabiturjahrgänge steigenden Absolventenzahlen mit Studienberechtigung die Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt. Auch wenn die Nachvermittlung für das neue Ausbildungsjahr jetzt erst beginnt und die endgültigen Zahlen für 2012/13 somit noch ausstehen, besteht ehrlich betrachtet weiterhin eine eklatante Angebotslücke auf dem Ausbildungsmarkt.

Unsere Antwort auf diese Herausforderung ist klar und eindeutig: Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung. Um es auch praktisch durchzusetzen, fordern wir in unserem aktuellen Antrag (Drs. 17/10116) eine Berufsausbildungsgarantie und die Förderung von branchenbezogenen Qualifizierungsfonds der Sozialpartner, um das Angebot auszuweiten. Allen Jugendlichen, die bei der Ausbildungsplatzsuche anhaltend erfolglos bleiben, wollen wir mit der Garantie einen öffentlich geförderten und mit der Praxis verzahnten Platz für eine vollqualifizierende Ausbildung anbieten.

Angesichts der rund 1,5 Millionen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss ist ein Angebot überfällig, dass ihnen eine Perspektive zur Ausbildung und damit zu einem selbstbestimmten Leben eröffnet. Die Kammern und Unternehmen



sollten anstatt weiter auf die angeblich fehlende „Ausbildungsreife“ zu schimpfen lieber mithelfen, das Angebot auszubauen und vor allem auch die Ausbildungsqualität zu steigern. Der hohe Spezialisierungsgrad vieler neuer Berufe, die unverändert hohen Abbruchquoten in vielen Branchen und der regelrechte Wildwuchs bei den zweijährigen Berufsausbildungen müssen eingedämmt werden. Der Antrag fordert an dieser Stelle, die Gewerkschaften und das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) stärker einzubinden und vor allem das Dickicht von über 300 Ausbildungsberufen sinnvoll zu lichten. Um das Übergangssystem trocken zu legen müssen das Übergangsmanagement und die Berufsorientierung am Übergang von der Schule zur Berufsbildung ausgebaut sowie viele sinnlose Maßnahmen beendet werden. Im Gegenzug wollen wir das erfolgreiche Instrument der Einstiegsqualifizierungen ausbauen. Und schließlich fordert der Antrag die Stärkung einer flexiblen, präventiven und passgenauen Förderung von Jugendlichen beim Übergang in die Berufsausbildung im SGB III.

Bei allen Einzelfragen dürfen wir aber unser Ziel nicht aus dem Augen verlieren, das für ein Recht auf Ausbildung steht: Mit einem zukunftsfesten Beruf eröffnen wir eine selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe der Menschen.

# Mit der Frauenquote in Aufsichtsräten beginnen

2013 ist das „Superwahljahr“ für Aufsichtsräte. Viele Posten werden neu besetzt. Deshalb haben SPD und Grüne im Bundestag erneut ein Zeichen für die Einführung einer Frauenquote in Führungsetagen gesetzt. Mittlerweile ist auch der erste Schritt für eine verbindliche EU-Regelung zur Frauenquote in Aufsichtsräten gemacht: Die EU-Kommission hat den Gesetzentwurf von EU-Kommissarin Viviane Reding beschlossen. Der Vorschlag braucht nun die Zustimmung des EU-Parlaments und des EU-Ministerrats.

Der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen liegt bei etwas mehr als einem Zehntel. Das widerspricht dem seit 60 Jahren gültigen Gleichheitsgrundsatz in unserem Land. Der Ausbildungsstand von Frauen im Vergleich zu dem der Männer in den für die Führung relevanten Bereichen rechtfertigt das Ungleichgewicht nicht. Längst überholte Denk- und Verhaltensmuster verhindern einen höheren Anteil weiblicher Führungskräfte. Sie können nur mit einer gesetzlichen Frauenquote überwunden werden.

## Es ist Zeit für die Frauenquote

Es wird Zeit, dass die Führungsetagen in Deutschland weiblicher werden. Dieses Ziel über eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu erreichen, hat nicht funktioniert. Schwarz-Gelb ist uneins wie in so vielen Fragen: Arbeitsministerin von der Leyen ist für eine gesetzliche Quote. Frauenministerin Schröder will ihre Flexiquote, die ebenfalls auf Freiwilligkeit der Wirtschaft setzt und somit ein weiterer zahnlöser Tiger wäre. Auch eine Reihe von Unions-Frauen ist für eine gesetzliche Frauenquote. Die FDP lehnt sie ab, weil es eine Einschränkung für die Wirtschaft sei. Im September hat der Gesetzentwurf aus Hamburg für eine Frauenquote in Aufsichtsräten mit den Stimmen aus den CDU-regierten Ländern Saarland und Sachsen-Anhalt im Bundesrat eine Mehrheit erzielt. Das war eine erste wichtige Etappe.

## 20 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten sind ein Anfang

Diesen Schwung wollen die Fraktionen von SPD und Grünen nutzen. Sie haben den Hamburger Gesetzentwurf übernommen und ihn in den Bundestag eingebracht. Er sieht die Einführung einer gesetzlichen Mindestquote für die Besetzung von Aufsichtsräten mit Frauen und Männern vor. In einem Zeitraum von elf Jahren können die Unternehmen weibliche Führungskräfte rekrutieren und vorbereiten. Bis 2018 sollen mindestens 20 Prozent der Aufsichtsratsmandate mit Frauen besetzt sein, und zwar auf Arbeitnehmer und Arbeitgeberseite. Bis 2023 soll ihr Anteil 40 Prozent erreichen. Nur wenn ein Unternehmen nachweist, dass keine geeignete Frau zur Verfügung steht, kann von der Quote abgewichen werden. Ansonsten greifen vergleichsweise milde Sanktionen. So sollen Aufsichtsratsvergütungen bei der Körperschaftssteuer nicht mehr steuermindernd geltend gemacht werden. Regelmäßige Berichte sollen dafür sorgen, dass die Öffentlichkeit die Entwicklungen verfolgen kann.

## Endlich Farbe für die Frauen bekennen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im März einen eigenen Gesetzentwurf eingebracht. Er sieht eine schnellere Einführung, eine Quote von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen sowie stärkere Sanktionsmöglichkeiten vor. Das bleibt auch weiterhin unser Ziel, das wir nach der Wahl im nächsten Jahr umsetzen werden. Der eingebrachte Hamburger Gesetzentwurf ist ein Kompromiss, der sich für einen breiten Konsens in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eignet. Nun können alle Mitglieder des Deutschen Bundestages, auch

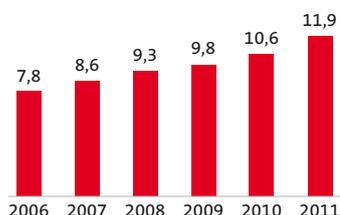
die in den Koalitionsreihen, die eine gesetzliche Frauenquote befürworten, einen ersten kleinen Schritt gehen. Sie müssen nur den Mut haben, Farbe für die Frauen zu bekennen. Und zwar so wie bei der Berliner Erklärung vor fast einem Jahr, die auch viele Unionsfrauen sowie ihnen nahstehende Unternehmerinnen unterzeichnet haben. Immerhin hat die CDU-Abgeordnete Elisabeth Winkelmeier-Becker in der Debatte zur 1. Lesung eine mutige Rede für die Einführung einer gesetzlich verankerten Frauenquote für Frauen in Führungsetagen gehalten. Es wird Zeit, endlich einen Anfang zu machen.

## Immer noch selten: Frauen auf dem Chefsessel

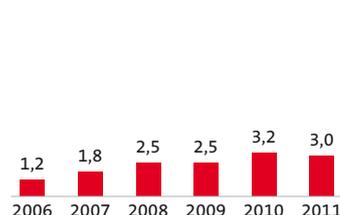
Die 200 größten Unternehmen\* Deutschlands:

In Prozent

ANTEIL DER FRAUEN IN DEN AUFSICHTSRÄTEN



ANTEIL DER FRAUEN IN DEN VORSTÄNDEN



\* ohne Finanzsektor

Quelle: DIW Berlin

# Haushaltskonsolidierung wird zur Merkelschen Nullnummer

Mit großen Ankündigungen ist die Regierung Merkel in die Haushaltsberatungen 2013 gestartet – und wieder einmal hart gelandet. Im nächsten Jahr wird die Koalition neue Schulden in Höhe von 17,1 Milliarden Euro aufnehmen. Das sind zwar 1,7 Milliarden Euro weniger als im Regierungsentwurf geplant. Jedoch hätte die Neuverschuldung allein aus automatischen Haushaltsverbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf um rund 3 Milliarden Euro auf 15,8 Milliarden Euro sinken müssen.

Die Koalition hat mit Buchführungstricks Einnahmen aus der Privatisierung von Bundesvermögen von 2012 nach 2013 verschoben und sich so 1,1 Milliarden Euro zusätzlich gesichert. Weitere 500 Millionen Euro entnimmt Schwarz-Gelb aus dem Gesundheitsfonds und 320 Millionen Euro aus der Rentenkasse, indem der Rentenbeitrag zusätzlich von 19,0 auf 18,9 Prozent gesenkt wird (ursprünglich sollte von 19,6 auf 19,0 gesenkt werden). Im Jahr 2014 verschiebt die Koalition sogar weitere 2 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds in den Haushalt.

## Belastungen in die Zukunft verschoben

Die Merkelsche Plünderung der Nachhaltigkeits- und Sicherungsreserve unserer sozialen Sicherungssysteme verschiebt damit Belastungen in die Zukunft – eine verantwortungslose und kurzsichtige Politik! Der Griff in die Sozialkassen bei Rente und Gesundheit zehrt Polster für schlechtere Zeiten auf. Sogar vor den Gewinnen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) macht diese Bundesregierung nicht Halt. Die Förderbank des Bundes und der Länder hat den Auftrag, wichtige Wirtschaftsförderungsprogramme zu verwirklichen; herausragende Beispiele sind das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm oder der altersgerechte Umbau von Wohnungen. Es war unter anderem die KfW, die in den Krisen Jahren 2009 und 2010 eine Kreditklemme in Deutschland verhinderte.

## Sparpaket 2010 nur zur Hälfte umgesetzt

Dabei konnte die Bundesregierung bereits im Jahr 2012 knapp 4,5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen verbuchen und sparte knapp 4,3 Milliarden Euro an Zinsausgaben – ein Trend, der sich, etwas schwächer, im nächsten Jahr noch fortsetzen wird. Allein durch Nichtstun könnte die Neuverschuldung also um eine weitere Milliarde sinken. Hinzu kommt: Das so genannte Sparpaket aus dem Jahr 2010 wurde bestenfalls zur Hälfte in die Tat umgesetzt, wobei die entsprechenden Einschnitte überwiegend die Arbeitslosen und Menschen mit niedrigen Einkommen treffen.

## Mit Trickereien den Haushalt schönrechnen

Trotz steigender Staatsverschuldung nutzt Schäuble die Zinsausgaben als Konsolidierungsrendite, ohne Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Gegenüber den geplanten Zinsausgaben im ersten Finanzplan unter seiner Verantwortung beträgt die Differenz inzwischen fast 11 Milliarden Euro. Durch die verstärkte Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone über die Europäische Zentralbank (EZB), werden auch für Deutschland die Refinanzierungskosten am Kapitalmarkt zukünftig steigen.

In den parlamentarischen Beratungen hat sich gezeigt, dass der Koalition für strukturelle Maßnahmen die politische Kraft fehlt. Nur Trickereien helfen der schwarz-gelbe Regierung, in die Nähe der eigenen Ziele zu gelangen. Gleichzeitig beschließt die Regierungskoalition zusätzliche Ausgaben für Wahlgeschenke und unsinnige neue Leistungen wie das Betreuungsgeld. Einige Ausgaben, z. B. für Raddampfer und Militärmuseen, läuten den Wahlkampf ein.

## Keine vorbildliche Haushaltspolitik

Gerade weil Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble die Euro-Mitgliedstaaten stets zu größeren Konsolidierungsanstrengungen mahnen, hätten sie mit gutem Beispiel vorangehen und den Bundeshaushalt auf solide Füße stellen müssen. Bundesfinanzminister



*Merkel und Rösler verstehen etwas vollkommen anderes unter Haushaltskonsolidierung und Vorsorge als gemeinhin üblich. Hauptsache sie konsolidieren ihre Koalition und tun was für ihre Zukunft. Schäuble trickt das Ganze dann so hin, dass es gut aussieht, wenn auch nur auf den ersten Blick.*

Schäuble wird in seiner Amtszeit insgesamt etwa 120 Milliarden Euro an neuen Schulden hinterlassen. Allein diese „Schäuble-Schulden“ erfordern jährliche Zinszahlungen von über 2 Milliarden Euro, das sind knapp 6 Millionen Euro Steuergelder pro Tag, die im nächsten Jahr an Finanzinvestoren gezahlt werden müssen und für die Zukunft Deutschlands, für Bildung und Infrastruktur, fehlen.

#### **SPD: Pakt für Bildung und Entschuldung**

Konsolidierungspolitik ist dann erfolgreich, wenn sie auf drei starken Säulen gründet: Einnahmeverbesserungen, Ausgabenkürzungen und ein solides Wirtschaftswachstum. Diese qualitative Konsolidierungspolitik muss prägend für den Bundeshaushalt 2013 und Leitmotiv für die kommenden Jahre der Finanzplanung sein.

Die SPD hat mit ihrem Finanzierungskonzept „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an Morgen!“ einen soliden Plan für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt mit einer deutlich geringeren Neuverschuldung in Höhe von nur 7,8 Milliarden Euro für 2013 vorgelegt. Gezieltes, nachhaltiges Wachstum bleibt der beste Garant für solide Staatsfinanzen. Dazu braucht es Wachstum durch gezielte Investitionen und aktive Konjunkturpolitik. Der Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland muss ausgebaut werden. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Euro-Mitgliedstaaten müssen auch dadurch bekämpft werden, dass die Binnennachfrage in Deutschland gesteigert wird. Das geht am besten, indem für gerechte Arbeit auch ein gerechter Lohn gezahlt wird, sichergestellt durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde.

#### **Für eine sozial ausgewogene und gerechte Konsolidierungspolitik**

Mit unserem Finanzierungskonzept wird Deutschland über einen Zeitraum von fünf Jahren zukunfts-fähiger. Das Konzept umfasst den wirtschafts- und sozialverträglichen Abbau von Subventionen, die Modernisierung der Verwaltung sowie eine moderate Erhöhung der Steuerbelastung für sehr hohe Einkommen und Vermögen. Denn nur solidarisch werden wir den Wendepunkt in Deutschland hin zu Zukunftsausgaben und Entschuldung schaffen, und dazu gehört, dass starke Schultern mehr auf diesem Weg tragen. Wir machen uns ehrlich.

Neben Mitteln für Zukunftsinvestitionen wirkt die SPD so auch der wachsenden Ungleichheit in Deutschland entgegen. Nur eine sozial ausgewogene und gerechte Konsolidierungspolitik wird in der Bevölkerung akzeptiert werden. Auch beim Abbau von Schulden muss das Prinzip der Solidarität gelten: Starke Schultern müssen auch hier mehr Lasten tragen als schwache. Außerdem sorgen wir für die Kommunen. Sie sind Lebensmittelpunkt der Bürgerinnen und Bürger und sorgen für die wichtigsten öffentlichen Güter. Aufgrund der angespannten kommunalen Finanzlage ist zu befürchten, dass Schulen nicht saniert, Bibliotheken und Schwimmbäder geschlossen werden müssen und öffentliche Einrichtungen ihre Funktionen nicht mehr hinreichend erfüllen können. Deshalb sieht das SPD-Finanzierungskonzept eine Verbesserung der kommunalen Finanzen vor. Einerseits werden die Einnahmen gestärkt, andererseits übernimmt der Bund stufenweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter. Insgesamt stehen den Kommunen damit knapp 6,4 Milliarden Euro im ersten Jahr, in dem das Konzept wirkt, zur Verfügung, die im vierten Jahr auf etwa 9 Milliarden Euro aufwachsen.

Zugleich sieht das Konzept Maßnahmen für aktive Wachstums- und Konjunkturpolitik vor. Aufsteigend ab dem Jahr 2013 werden 2 Milliarden Euro jährlich zusätzlich in Bildung investiert und 3 Milliarden Euro pro Jahr ab 2013 in zusätzliche Investitionen für die Energiewende, für Infrastruktur und Forschung.

#### **Deutschland hat Besseres verdient**

Wir wissen: Die Zukunft Deutschlands liegt in guten Kitas, Schulen und Hochschulen. In guter Infrastruktur, in der Förderung von Investitionen für unsere kleinen und mittleren Unternehmen des Mittelstands und im Schuldenabbau, damit das Geld nicht länger für Zinsen ausgegeben werden muss. Das wissen und wollen auch die Bürgerinnen und Bürger. Sie werden sich von dieser Merkelschen Bundesregierung nicht länger täuschen lassen. Deutschland hat Besseres verdient.

# Alleinerziehende unterstützen

**Keine andere Familienform hat in Deutschland in den letzten Jahren so an Bedeutung gewonnen wie Ein-Eltern-Familien. Und keine andere Familienform wird von der schwarz-gelben Bundesregierung so sträflich vernachlässigt: Alleinerziehende – leistungsfähige Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf.**

Die Bundesregierung hat sich über Jahre nicht um eine Sicherstellung des Kitaausbaus gekümmert. Der für Alleinerziehende besonders wichtige Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ist in einigen Regionen ernsthaft in Gefahr. Stattdessen kommt jetzt das Betreuungsgeld, das einer eigenständigen Existenzsicherung Alleinerziehender frontal entgegensteht. Die 2 Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld verschlingt, fehlen für mehr und bessere Kitaplätze. Gerade wegen fehlender Kinderbetreuung profitieren Alleinerziehende vom Aufschwung am Arbeitsmarkt unterdurchschnittlich. Beim Unterhaltsvorschuss drohen ihnen finanzielle Einbußen.

„Für Alleinerziehende ist die Regierung Merkel verlorene Zeit. Das ist fatal. Denn erhalten Ein-Eltern-Familien die richtige Unterstützung, sind sie besonders leistungsfähig: 40 Prozent aller alleinerziehenden Mütter arbeiten Vollzeit – deutlich mehr als Mütter in Paarfamilien“, erläutert Dagmar Ziegler, SPD-Fraktionsvizein. Alleinerziehende sind Leistungsträgerinnen und -träger unserer Gesellschaft, denen mit Kindererziehung, Erwerbs- und Hausarbeit ein gewaltiger Balanceakt gelingt. Für ihre besonderen Belange hat die SPD-Fraktion ein Handlungskonzept entwickelt. Zwei aktuelle Anträge dazu hat sie in den Bundestag eingebracht. Ziel ist, dass Alleinerziehende ihr Leben so weit wie möglich nach eigenen Wünschen gestalten und selbst für ihre Existenzsicherung sorgen können. Mit passgenauen und aufeinander abgestimmten Bausteinen wollen wir Alleinerziehenden dort helfen, wo der Schuh drückt:

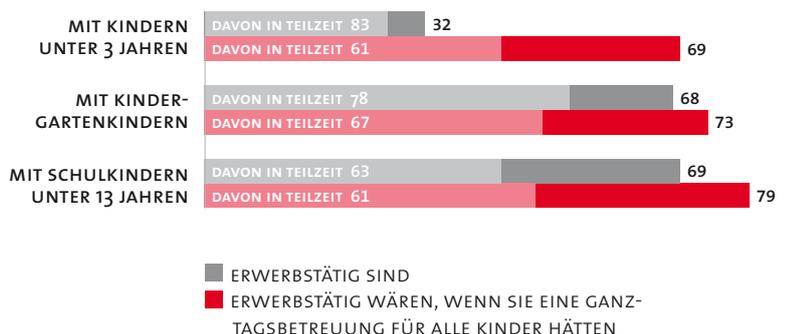
1. Wir wollen – im Zusammenwirken mit Kommunen und Ländern – alles dafür tun, dass der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab August 2013 von den Eltern eingelöst werden kann. Das ist der erste Schritt. Denn mittelfristig streben wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an. Flankiert werden muss der Kitausbau durch den konsequenten und flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen.
2. Junge Alleinerziehende ohne abgeschlossene Berufsausbildung brauchen besondere Unterstützung. Wir wollen deshalb einen Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses und auf Teilzeitausbildung für junge Eltern einführen.

3. Alleinerziehende müssen entsprechend ihrem Anteil an allen Arbeitslosen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik beteiligt werden, die auch in Teilzeit angeboten werden müssen.
4. Rund 90 Prozent aller Alleinerziehenden sind Frauen – eine geschlechtergerechte Arbeitsmarktpolitik kommt ihnen besonders zu Gute. Das gilt für einen gesetzlichen Mindestlohn und die Durchsetzung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer. Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen ihren Teilzeitanspruch befristet geltend machen können und ein automatisches Rückkehrrecht in Vollzeit bekommen. Außerdem wollen wir große Teilzeitmodelle verwirklichen – damit Existenzsicherung und genügend Zeit für die Kinder unter einen Hut passen.
5. Im SGB II wollen wir eine besondere Diskriminierung von Alleinerziehenden abschaffen: Die Einbeziehung eines Partners/einer Partnerin in die Bedarfsgemeinschaft mit den damit verbundenen Einstandsverpflichtungen darf – genau wie bei Kinderlosen auch – erst nach einem Jahr erfolgen.
6. Schließlich wollen wir mit unserem neuen Kindergeld die Familienförderung vom Kopf auf die Füße stellen: Wir räumen mit der absurden Ungerechtigkeit auf, nach der die Wohlhabenden mehr für ihre Kinder bekommen als Eltern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Dazu wollen wir ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld einführen – und der Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen über die Freibeträge ein Ende setzen. Nutznießer einer solchen Reform wären besonders Alleinerziehende, die leider selten hohe, dafür aber umso häufiger sehr niedrige Einkommen haben.

## Alleinerziehend und erwerbstätig

Wie es ist und wie es sein könnte

In Prozent



## Für ein modernes Patientenrechtegesetz

Für die SPD-Fraktion sind die Rechte von Patientinnen und Patienten ein zentrales Anliegen. Deshalb hat sie bereits in der Großen Koalition Eckpunkte für ein Patientenrechtegesetz erarbeitet, das leider nicht mehr in die Wege geleitet werden konnte.

Im März 2010 hat die SPD-Fraktion einen ersten Antrag mit einem umfassenden Maßnahmenkatalog in den Bundestag eingebracht. Darin fordert sie die Bundesregierung auf, ein Patientenrechtegesetz vorzulegen. Im Mittelpunkt stehen die gesetzliche Festbeschreibung von Rechten und Pflichten aus dem Behandlungsvertrag sowie Verbesserungen im Risikomanagement durch die Einführung eines Melderegisters für Behandlungsfehler, was zu deren Vermeidung beitragen soll. Darüber hinaus sollen die Opfer von Behandlungsfehlern durch ihre Krankenversicherung unterstützt und hinsichtlich der Beweisführung gestärkt werden. Zudem will die SPD-Fraktion die kollektiven Beteiligungsrechte der Patienten verbessern, z. B. durch ein Stimmrecht im Gemeinsamen Bundesausschuss. Außerdem sollen spezielle Arzthaftungskammern bei den Landgerichten gebildet, und die gerichtlichen Verfahren sollen beschleunigt werden.

### Patientenrechte wirksam verbessern

Mittlerweile hat die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf für ein Patientenrechtegesetz vorgelegt. Doch er ist völlig unzureichend, weil darin lediglich die bestehenden Rechte zusammengefasst werden. Deshalb fordert die SPD-Fraktion in einem weiteren Antrag einen neuen Entwurf von der Bundesregierung, der die o. g. Maßnahmen um weitere Punkte ergänzt:

So soll jeder Patient nach einem Eingriff einen Patientenbrief mit allgemein verständlichen Informationen über die durchgeführte Operation, über ihren Verlauf und eventuell aufgetretene Komplikationen erhalten. Dadurch sollen unnötige Klagen vermieden, und bei einem Fehler soll die Wahrscheinlichkeit auf Entschädigung des Patienten erhöht werden.

Zur Unterstützung der Opfer von Behandlungsfehlern soll ein Härtefallfonds eingerichtet werden. Er soll unter bestimmten Voraussetzungen eintreten, z. B. wenn es keinen sicheren Nachweis der Schadensursache oder des Verschuldens gibt. Die Kosten für den Härtefallfonds sollen höchstens 60 Millionen Euro pro Jahr betragen. Aufgebracht werden sollen die Mittel von den Haftpflichtversicherern der Leistungserbringer (z. B. von Ärzten und Krankenhäusern), aus den bereits zu erbringenden Zuzahlungen der gesetzlich Versicherten zum Krankenhausaufenthalt, durch eine ähnliche Abgabe der privat Versicherten sowie aus Steuermitteln.

Zudem wollen die Sozialdemokraten eine Beweislast erleichterung bei Behandlungsfehlern erreichen, z. B. wenn die Qualitätsberichte eines Krankenhauses hohe Komplikationsraten bei bestimmten Eingriffen aufweisen. Darüber hinaus soll ein Mediations- und Schiedsverfahren für Fälle der Arzt- und Krankenhaushaftung eingeführt werden.

## Schwarz-Gelb gefährdet Versorgungsauftrag der Krankenkassen

Mit der 8. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) haben Union und FDP klammheimlich das Kartellrecht für die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) eingeführt. Das hat unabsehbare Folgen: Es geht darum, ob die GKVn Sozialversicherungen bleiben oder ob sie als Wirtschaftsunternehmen betrachtet werden. Die solidarische Finanzierung, der Steuerzuschuss, die bewährte Selbstverwaltung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch die der Leistungs-

erbringer, das Gebot zu Kooperation zwischen den Kassen, die Rechtsform der Körperschaften des öffentlichen Rechts bis hin zu den Gestaltungsmöglichkeiten des Deutschen Bundestages könnten durch dieses Gesetz zur Disposition gestellt werden. Die SPD-Fraktion hat gegen die Gesetzesänderung gestimmt, weil dies der Einstieg in ein völlig anderes – in ein von privatisierten Versicherungsunternehmen getragenes Gesundheitssystem wäre.

Mehr Information dazu gibt es unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) oder direkt über folgenden QR-Code:



# Wie die SPD-Fraktion die Nebeneinkünfte reformieren will

**Peer Steinbrück, Kanzlerkandidat der SPD, hat vorgeschlagen, die Transparenzregeln des Deutschen Bundestages so zu verschärfen, dass alle Abgeordneten auf Euro und Cent angeben müssen, von wem und wofür sie in welcher Höhe für eine Nebentätigkeit bezahlt worden sind. Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich die Transparenzinitiative von Peer Steinbrück zu eigen.**

Transparenzregelungen für die Einkünfte der Abgeordneten sind wichtig, damit sich jeder ein Urteil darüber bilden kann, ob Abgeordnete möglicherweise von Dritten finanziell abhängig sind und erkennbar ist, wo Interessenverflechtungen bestehen. Wichtig ist die Unabhängigkeit eines/einer Abgeordneten; eine Nebentätigkeit ist dabei kein Widerspruch. Es schadet der parlamentarischen Tätigkeit nicht, wenn Abgeordnete den Kontakt zum Wirtschafts- und Berufsleben behalten.

Nicht vergessen werden darf bei der Diskussion um die Nebentätigkeiten: Es war die SPD, die gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner 2005 erstmals dafür gesorgt hat, dass die Abgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten der Öffentlichkeit bekannt machen müssen. CDU, CSU und FDP wollten damals keine Veröffentlichungspflicht und stimmten dagegen. Die SPD-Fraktion hatte weitere Anläufe unternommen, die Regeln zu präzisieren, doch bis heute lassen sich Union und FDP darauf nicht ein. Die Koalition hat nun Regeln erlassen, die von echter Transparenz weit entfernt sind, es gibt lediglich mehr Stufen.

Frank-Walter Steinmeier, Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag, sagt: „Zuerst spuckten die Generalsekretäre große Töne, Peer Steinbrück müsse alle Einkünfte aus seinen Reden offen legen, dann aber fiel auf, dass Union und FDP schon die Verschärfung der Transparenzregeln durch Rot-Grün, die heute gelten, 2005 abgelehnt hatten. Noch 2010 hat sich Schwarz-Gelb unserem Vorstoß widersetzt, die über 7.000 Euro hinausgehenden Nebeneinkünfte genauer erkennbar zu machen.“

Die Koalition misst mit zweierlei Maß: Sie fordert von Peer Steinbrück vollständige Transparenz, die sie selbst nicht bereit ist zu geben. Peer Steinbrück nahm die Koalitionäre jetzt beim Wort und lud sie zu einer fraktionsübergreifenden Initiative zu mehr Transparenz im Deutschen Bundestag ein – aber sie wollten nicht.

## **Die Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion:**

- Wir wollen, dass die Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent nicht nur dem Bundestagspräsidenten gemeldet, sondern von diesem auch veröffentlicht werden müssen.
- Die Transparenzregeln dürfen nicht umgangen werden. Eine Untergrenze von 10.000 Euro im Jahr ist nur dann akzeptabel, wenn alle Einkünfte – auch die die unter 10.000 Euro liegen – angezeigt und veröffentlicht werden müssen, sobald die Einkünfte diese Summe im Jahr übersteigen.
- Schutzwürdige Interessen Dritter bleiben gewahrt. Soweit gesetzliche Zeugnisverweigerungsrechte oder Verschwiegenheitspflichten bestehen, muss der Abgeordnete über den Vertragspartner keine Angaben machen. Rechtsanwälte müssen daher Einzelheiten aus ihrem Mandantenverhältnis nicht offen legen.
- Transparenzregeln müssen besser als bislang durchgesetzt werden. Dazu müssen die Sanktionen spürbar verschärft werden. Werden Nebentätigkeiten verschwiegen, sollte die Höhe der Einkünfte aus diesen Tätigkeiten von den Diäten unter Beachtung der Pfändungsfreigrenzen abgezogen werden.
- Es bedarf eines Lobbyregisters für den Deutschen Bundestag, in dem Lobbyisten ihre Finanzierung offen legen müssen.
- Abgeordnetenbestechung muss unter Strafe gestellt werden. Bisher ist nur der Stimmenkauf strafbar, nicht aber die Bestechung des Abgeordneten.

## Keine Modernisierung der US-Nuklearwaffen in Europa und Deutschland



Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Abzug der letzten in Deutschland verbliebenen US-Nuklearwaffen. 2009 war die schwarz-gelbe Bundesregierung vollmundig mit dem Ziel angetreten, diese Waffen aus Deutschland abziehen. Im Koalitionsvertrag kündigte sie an: „Wir werden uns im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einsetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden“. Dieses Ziel hat die Bundesregierung bislang verfehlt. Mehr noch: Inzwischen scheint sie sich sogar von dieser Zielsetzung verabschiedet zu haben.

So hat sie auf dem NATO-Gipfel in Chicago am 31. Mai 2012 dem neuen Strategischen Konzept der NATO zugestimmt, das keine Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen vorsieht. Im Gegenteil, in der Defense and Deterrence Posture Review (DDPR) stellt die NATO fest, dass „Kernwaffen neben konventionellen Kräften und Raketenabwehrfähigkeiten ein zentraler Bestandteil der Gesamtfähigkeiten der NATO zur Abschreckung und Verteidigung sind“. Damit bleiben mit dem Einverständnis der Bundesregierung Nuklearwaffen eine zentrale Komponente der NATO-Strategie.

Notwendig ist eine verantwortungsvolle und vorausschauende Sicherheitspolitik, die sich am Konzept der Gemeinsamen Sicherheit orientiert. Dazu gehört die Wiederbelebung der europäischen konventionellen Rüstungskontrolle. Nukleare Abrüstung und Konventionelle Rüstungskontrolle gehören zusammen. Nuklearwaffen sind ein Relikt des Kalten Krieges und gehören abgeschafft.

Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, dass sich die Bundeskanzlerin persönlich für eine Reduzierung der Rolle der Nuklearwaffen in der NATO einsetzen und die Bundesregierung auf eine Modernisierung des deutschen Trägersystems für substrategische Nuklearwaffen verzichten soll.

## Gesamtstrategie für Pakistan notwendig

Pakistan stand viel zu lange abseits der politischen Agenda und wurde in seiner regionalen Bedeutung unterschätzt. Dies haben die in den vergangenen Jahren ergriffenen einzelnen Initiativen zur Unterstützung der Stabilisierung und der demokratischen Entwicklung Pakistans nicht verändert. Daher fordern SPD und Grüne die Bundesregierung auf, die Pakistan-Politik neu aufzustellen.

Pakistan kommt eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der gesamten süd- und zentralasiatischen Region zu. Gleichzeitig steht das Land innenpolitisch vor dramatischen Herausforderungen. Doch um seine komplexen Probleme in Angriff nehmen zu können und seiner regionalen Verantwortung gerecht zu werden, muss Pakistan international intensiver eingebunden werden.

Es gilt vor allem, die Zivilgesellschaft und die demokratischen Kräfte in Parlament, Regierung und Justiz als Gegenpol zu korrupten Eliten und einem über-

mächtigen Militär zu stärken. Ebenso wichtig ist die Einbindung Pakistans auch hinsichtlich der Stabilisierung Afghanistans. Bislang hat sich Pakistan nicht ernsthaft aktiv in die Friedensbemühungen in Afghanistan eingebracht. Auch wenn sich die Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan nach beiderseitigem Bekunden verbessert haben, ist das Verhältnis nach wie vor von tiefem Misstrauen geprägt.

Deutschland und die EU können hier eine Brückenfunktion einnehmen. Eine europäische Pakistanpolitik muss insbesondere zwei Ziele haben: Zum einen muss sie darauf hinwirken, dass Pakistan seine internationale und regionale Verantwortung wahrnimmt. Zum andern muss es darum gehen, Pakistan beim Aufbau und bei der Konsolidierung ziviler und demokratischer Strukturen zu unterstützen und damit die Reduzierung von Macht und Einfluss der Armee zu Gunsten gewählter Institutionen zu befördern.

## Veranstaltung „Inklusion im Sport“

**Eines der großen Ziele der SPD-Bundestagsfraktion ist eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, niemanden ausschließt, sondern alle teilhaben lässt – eine inklusive Gesellschaft.**

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, Menschen mit Behinderung von Anfang an gesellschaftlich einzubinden. Das bezieht sich ausdrücklich auch auf den Sport. Aber wie sieht es in der Realität aus? Findet inklusiver Sport in der Spitze und in der Breite statt? Welche Angebote, Maßnahmen und Projekte gibt es? Wo mangelt es an Angeboten, Freiheiten, Initiativen? Welchen Einsatz wünschen sich die Aktiven?

Diese und andere Fragen diskutierten die Sportpolitikerinnen und -politiker der SPD-Bundestagsfraktion mit einer imponierenden Zahl von Gästen aus dem Behindertensport im Reichstagsgebäude. Titel der Veranstaltung: „Inklusion im Sport. Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit und ohne Behinderung“. Eingeladen hatte die Arbeitsgruppe Sport unter der Leitung von Martin Gerster.

Zu Gast waren neben hohen Funktionären wie Friedrich Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbandes, Manfred von Richthofen, Ehrenpräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes und Hubert Hüppe, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, auch Spitzensportlerinnen und -sportler aus dem Behindertensport wie etwa Paralympicsieger Heinrich Popow (Sprint), Thomas Ulbricht (Leichtathletik) oder Marianne Buggenhagen (Kugelstoßen), allesamt Paralympics-Teilnehmer.

In mehreren Diskussionsrunden entwarfen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Szenarien, wie die Inklusion im Sport verbessert werden kann. Die Ergebnisse wurden anschließend unter der Moderation von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, stellv. sportpolitische Sprecherin der Fraktion, vorgestellt.

**Hier gibt es Fotos von der Veranstaltung:**  
[www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr).

## „Planspiel Zukunftsdialog“ reloaded

146 junge Menschen aus ganz Deutschland, fast 13 Stunden gemeinsame Beratungen in Arbeitsgruppen- und Fraktionssitzungen, sechs Arbeitsgruppen, sechs erarbeitete und verabschiedete Anträge, drei Tage spannendes Politikprogramm und eine einhellige Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Das Planspiel Zukunftsdialog 2012 war ein voller Erfolg, die Premiere geglückt!

Daran wollen wir im nächsten Jahr anknüpfen. Die SPD-Bundestagsfraktion führt daher mit Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Azubis und allen Interessierten zwischen 16 und 20 Jahren das Planspiel Zukunftsdialog 2013 durch. Vom 20. bis 23. April 2013 können junge Politikbegeisterte Bundestagsluft schnuppern und an vier Tagen Politik hautnah miterleben und gestalten: Sie schlüpfen in die Rolle der Abgeordneten, erfahren, welche Aufgaben sie haben, wie sie Anträge in ihren Arbeitsgruppen erarbeiten und für ihre Positionen in der Fraktion werben. Alle Abläufe der Fraktion werden spielerisch simuliert. Und auch die Themen, mit denen sich die Planspiel-Fraktion beschäftigen, sind echt; die Inhalte der Beratungen orientieren sich an aktuellen Themen der „echten“ SPD-Bundestagsfraktion. Wie ernst es der Fraktion mit den Ideen und Positionen der

Jugendlichen ist, zeigt, dass sie ihre Anträge den realen Arbeitsgruppen und damit den „echten“ gewählten Abgeordneten der SPD im Bundestag vorstellen und mit ihnen diskutieren können. Abgerundet wird das Programm durch eine Stadtführung, eine Führung durch den Deutschen Bundestag und viele Möglichkeiten zu Treffen und Gesprächen mit den SPD-Abgeordneten.

Wer Interesse hat dabei zu sein, meldet sich direkt bei seinem oder ihrem örtlichen SPD-Abgeordneten. In den Wahlkreisbüros wird das Bewerbungsverfahren organisiert und die Auswahl getroffen.

*Eine Liste aller Abgeordneten und ihrer Wahlkreise gibt es unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) oder unter folgendem QR-Code:*





Die schwarz-gelbe Koalition hat das Wahlgeschenk für den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer beschlossen. Die einhellige Kritik aus der Wissenschaft, von Arbeitgebern und Gewerkschaften verhallte. Das Betreuungsgeld kommt. Die SPD-Fraktion wird dagegen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Außerdem kündigte Peer Steinbrück an: »Eine der ersten Maßnahmen einer SPD-geführten Regierung wird die Abschaffung des Betreuungsgeldes sein.«

## Veröffentlichungen

**Das Menschenrecht auf Inklusive Bildung endlich verwirklichen. Inklusion – eine Chance für die gesamte Gesellschaft**

Broschüre, 20 Seiten, erschienen im November 2012

**Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte – Vertrauen zurückgewinnen**

Faltblatt, 10 Seiten, erschienen im Oktober 2012

**Verbraucher auf dem Finanzmarkt stärken – Anlegerinnen und Anleger schützen**

Faltblatt, 10 Seiten, aktualisierter Nachdruck, erschienen Oktober 2012

Unsere Veröffentlichungen gibt es im Internet unter [www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen](http://www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen) oder unter folgendem QR-Code:



Die nächste Ausgabe von **fraktion intern\*** erscheint im Dezember 2012 Informationen gibt es auch unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Bundestagsfraktion

**Verantwortlich:** Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

**Redaktion:** Anja Linnekugel

**Texte:** Johanna Agci, Marion Binder, Gerrit Conrad, Nermin Fazlic, Stefan Hintermeier, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Dirk Sawitzky, Thorsten Scholz, Frank-Walter Steinmeier, Uta Stitz

**Abbildungen:** Bildschön (S. 2, 4, 15), picture-alliance/dpa (S. 7, 9, 14, 16), photothek.net/Thomas Köhler (S. 3), Susanne Voorwinden nach einblick / DGB (S. 5, 6) nach picture-alliance/dpa (S. 8, 11), Klaus Vhynalek (Titel)

### Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Telefon:** 030 / 227 530 48 **Telefax:** 030 / 227-568 00

**E-Mail:** [redaktion@spdfraktion.de](mailto:redaktion@spdfraktion.de)

Internet: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

**Grafik und Layout:** S. Voorwinden

**Druck:** Braunschweig-Druck

**Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:**

**Telefon:** 030 / 227-571 33 **Telefax:** 030 / 227-568 00

**E-Mail:** [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de) oder direkt im Internet